53. Jahrgang. № 38. Sonntag, 7. Februar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr [illegible]

Anzeigen-Tarif [illegible]

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits- Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Elektrische Licht-Installationen *Beleuchtungs-Gegenstände* jeder Art. **Ebeling & Croener,** Bankstrasse 11.

Meissner **Smyrna-Teppich-Fabrik** F. Louis Beilich, Königl. Hoflieferant, Meissen. **Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.** Handarbeit. Prämiiert mit goldenen Medaillen.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot-** und **Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche. Billardtuche. Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kälter, langsam aufklarend.

Der Dresdner Pegel zeigte gestern abend 11 Uhr einen Wasserstand von + 290 Zentimeter; die Elbe steigt weiter.

Zum Besten der Errichtung eines Soldatenheims in Dresden findet am 21. d. M. im Opernhause eine große Matinee statt.

In Zwickau erfolgte gestern die Verhaftung eines Buchhandlungsgehilfen; diese wird mit dem am 2. November in Leipzig verübten Mord in Verbindung gebracht.

Der Reichstag setzte die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort.

Auf dem Schacht „Maximilian" in Hamm wurden durch Ausströmen von Gas 1 Bergleute getötet.

Im Berliner Hochbahn-Prozeß wurde der Angeklagte Schreiber zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt; der mitangeklagte Wende wurde freigesprochen.

Den russischen Vorschlag hat die Pforte mit einem neuen Vorschlag beantwortet, der die vollständige Liquidation der türkischen Kriegsschuld an Rußland bezweckt.

Die Türkei, Bulgarien und Serbien setzen ihre militärischen Rüstungen fort.

Unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

gehören in ihrer neuesten Entwicklung zu den wenigen erfreulichen Kapiteln, die in den gegenwärtigen Zeitläuften in unserer auswärtigen Politik zu verzeichnen sind. Die lebhaften Beweise von nationaler Sympathie, die uns in diesen Tagen von amerikanischer Seite aus Anlaß der zu Ehren des neuen deutschen Botschafters Grafen Bernstorff in Newyork veranstalteten Festlichkeiten gegeben worden sind, finden in der öffentlichen Meinung Deutschlands aufrichtigen Widerhall und begegnen überall in unseren maßgebenden politischen Kreisen dem vollen Verständnis des hohen Wertes, den ein gutes Einvernehmen mit der großen transatlantischen Republik für uns besitzt. Ebenso sehr vom Standpunkte unserer weltpolitischen Interessen aus wie mit Rücksicht auf die gemeinsamen geistigen und kulturellen Bande, die uns mit der nordamerikanischen Union verknüpfen, muß jeder einsichtige patriotische Deutsche Genugtuung über das sichtliche weitere Fortschreiten der deutsch-amerikanischen Annäherung empfinden. Es handelt sich hier nicht um ein auf dem Boden widerstreitender Interessen künstlich gezüchtetes Gewächs, das von vornherein den Keim der Lebensunfähigkeit in sich trägt, sondern um die langsam in beiden Nationen herangereifte Erkenntnis, daß sie gegenseitig durch ihre natürlichen realpolitischen und geistig-ethischen Wechselbeziehungen aufeinander angewiesen sind, und gerade in dieser allmählichen Ausgestaltung des beiderseitigen Freundschaftsverhältnisses, bei der das zwar hell flackernde, aber rasch verlöschende Strohfeuer einer flüchtigen Augenblicksbegeisterung keine Rolle spielt, liegt die beste Gewähr der Dauer. Wie schnell sich internationale Zwangsgebilde in Wohlgefallen auflösen, lehrt in drastischer Weise die kurze Geschichte der sogenannten „angelsächsischen Solidarität", die eines schönen Tages zur allgemeinen Ueberraschung von dem Schnellzeichner Chamberlain auf die politische Leinwand gezaubert wurde. Als die Isolierung Großbritanniens den höchsten Grad erreicht hatte, verfiel Herr Chamberlain plötzlich auf den Gedanken, die Amerikaner als treue Bundesbrüder zu proklamieren und eine englisch-amerikanische Sympathie zu feiern, von der bisher kein Mensch etwas geahnt hatte. Das ging dann so eine Weile fort. In dem von der englischen Regierung und der hohen Finanz in London und Newyork beeinflußten Teile der Presse hüben und drüben wurden die krampfhaftesten Versuche gemacht, die „angelsächsische Solidarität" als den Anbruch einer neuen Weltepoche zu verherrlichen, und in offiziellen Reden sagten sich die Staatsmänner und Botschafter allerlei Verbindliches, wobei stets England den auffällig werbenden, Amerika den kühl zurückhaltenden Teil bildete. Nach ein paar Jahren aber schlief die ganze Bewegung, die von keinem natürlichen Freundschaftsbedürfnis der beiden Nationen getragen war und gar zu augenfällig den Stempel des britischen Eigeninteresses trug, sang- und klanglos wieder ein, und die Londoner Diplomatie richtete ihre Augen nach Paris, wo sie ihre Zwecke bekanntermaßen besser erreichte.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist im Gegensatz hierzu auf zuverlässigerem Grunde aufgebaut und hat sich in normalem Werdeprozesse von Stufe zu Stufe fortentwickelt. Dabei hat es auch an gelegentlichen Reibungen nicht gefehlt, deren eine gerade jetzt ihren 25jährigen Gedenktag erlebt. Im Februar 1884 war es, als Fürst Bismarck eine an unser Auswärtiges Amt mit dem Ersuchen um Uebermittlung an den Reichstag gerichtete Adresse des amerikanischen Repräsentantenhauses zurückschickte, worin anläßlich des Todes Lasters die freisinnige Parteipolitik verherrlicht wurde, die gerade damals im denkbar schroffsten Gegensatz zu der amtlichen Politik des Reichskanzlers stand. Bismarck mußte also notgedrungen in der amerikanischen Adresse eine Provokation erblicken und ließ sie daher ihrem Urheber mit wendender Post wieder zustellen. Die damals zwischen beiden Ländern erzeugte Verstimmung wirkte noch längere Zeit nach. Im weiteren Verlaufe der Ereignisse ging es dann mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen „up and down"; bald überwog die freundliche, bald die gegensätzliche Note. Um die Jahrhundertwende nahmen die Verhältnisse noch einmal eine ziemliche Schärfe an, so daß der amerikanische Admiral Deweyen sich sogar genötigt fühlte, für spätestens 1907 einen Krieg mit Deutschland zu prophezeien. Seitdem aber ging es rasch aufwärts, und heute sind wir glücklich so weit, daß wir unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als eine dauerverheißende Errungenschaft in unserem nationalen Gewinnkonto buchen können.

Dieser für unsere weltpolitische Stellung handgreiflich günstige Erfolg ist zu einem wesentlichen Teile das besondere persönliche Verdienst Kaiser Wilhelms II., der mit unermüdlicher Ausdauer und weitem politischen Scharfblick seinen ganzen Einfluß zur Herbeiführung eines deutsch-amerikanischen Einvernehmens eingesetzt hat und dessen eigenster Initiative auch die Einrichtung der Austauschprofessoren, die mit augenscheinlichem Nutzen die beiderseitige Annäherung fördert, zu danken ist. Der Kaiser steuerte bereits entschlossen auf das Ziel einer deutsch-amerikanischen Verständigung los, als die öffentliche Meinung beider Länder noch mehr oder weniger von dem Banne der handelspolitischen Streitigkeiten gefesselt wurde, und die Entwicklung der Dinge hat ihm recht gegeben. Wenn wir auch in wirtschaftlicher Hinsicht noch keinen greifbaren Vorteil von der amerikanischen Freundschaft gehabt haben, da von den in Washington bewilligten zolltechnischen Zugeständnissen bis zum Abschlusse eines regelrechten Handelsvertrages noch ein allem Anschein nach recht weiter Weg zurückzulegen bleibt, so hat doch dieser Umstand nicht vermocht, dem Erstarken der Annäherungsbestrebungen hüben und drüben Einhalt zu gebieten. Eine Zeitlang wurde sogar in der Presse beider Länder die Möglichkeit eines förmlichen deutsch-amerikanischen Bündnisses erörtert. Wenn sich auch dieser Gedanke wegen des außerordentlichen Umfanges der amerikanischen Interessensphären, bei dem insbesondere die Seeherrschaft auf dem Stillen Ozean mit ihren verschiedenen Konfliktsmöglichkeiten in Betracht kommt, nicht verwirklichen läßt, so kann doch die Zukunft internationale Entwicklungen schaffen, die im Einzelfalle Deutschland und Amerika von selbst durch die zwingende Macht der Tatsachen, auch ohne geschriebenes Bündnis, zueinander führen und beide Staaten für gewisse Eventualitäten auf Gedeih und Verderb miteinander verbinden. Es ist also in jedem Falle für beide Teile von hoher Bedeutung, zu wissen, daß sie durch keinerlei scharf gegensätzliche Interessen getrennt werden, sondern jederzeit in der Lage sind, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen nach jeder Richtung zu verwerten, die angesichts der internationalen Gesamtlage als wünschenswert oder notwendig im beiderseitigen Interesse erkannt wird. Unsere deutschen Landsleute drüben, die dem amerikanischen Gemeinwesen fortgesetzt so überaus wertvolle Schätze von deutscher Kultur und Gemütsvertiefung zuführen, dabei aber trotz aller Anhänglichkeit an die alte Heimat sich von keinem Vollblut-Amerikaner an Liebe und Treue für die „Streifen und Sterne" übertreffen lassen, sind unter der Amtsführung des Präsidenten Roosevelt in ihren Bestrebungen zur Befestigung der deutsch-amerikanischen Freundschaft nachdrücklich durch die Washingtoner Regierung unterstützt worden. Herr Roosevelt darf deshalb einer allgemeinen freundlichen Erinnerung in deutschen patriotischen Kreisen auch nach der Niederlegung seiner Würde, die er nur noch bis zum 4. März bekleidet, sicher sein. In Deutschland weiß man den verständnisinnigen Anteil, den Präsident Roosevelt an den Bemühungen Kaiser Wilhelms um die Anbahnung eines deutsch-amerikanischen Einvernehmens genommen hat, wohl zu würdigen und wird dem temperamentvollen Lenker des Staatsschiffes der Union, der 7 Jahre lang das Ruder geführt hat, sein überzeugtes Eintreten für gute Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika nie vergessen. Das deutsche Volk begleitet das Scheiden Theodore Roosevelts aus dem Amte mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die von dem Grafen Bernstorff in Newyork ausgesprochene Hoffnung sich verwirklichen und die erfreulichen Merkmale der letzten Jahre, ein besseres wechselseitiges Verständnis und eine wachsende Herzlichkeit im gegenseitigen Verkehr, auch ferner das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika kennzeichnen mögen.

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Anläßlich der heutigen 200. Sitzung prangte auf dem Präsidententisch ein prächtiger Blumenstrauß. Präsident Graf Stolberg dankte für diese Aufmerksamkeit der Schriftführer und fügte hinzu: Wir haben seit dem 13. Februar vorigen Jahres 100 Sitzungstage gehabt. Wir können also wohl sagen, daß der Reichstag fleißig gearbeitet hat. Soweit es sich dabei um ein Verdienst handeln kann, ist es nicht das meinige, sondern unser aller gemeinsamer Verdienst. Wenn diese Arbeit auch bisweilen nicht ganz leicht ist, so tun wir sie doch alle gern, in der Hoffnung, daß sie dem Vaterlande zum Segen gereicht. (Beifall.) — Dann wurde die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Abg. Bruhn (Reformp.): Mit der vorliegenden Zentrumsresolution betr. Konzessionspflicht des Flaschenbierhandels sympathisieren wir zwar, insofern sie Eindämmung des Alkoholgenusses anstrebt. Aber die Kleinkaufleute haben ein Interesse am Flaschenbierhandel. Es liegt hier also ein Widerstreit der Interessen vor, wir können daher nicht so ohne weiteres für die Resolution stimmen. Im Interesse des Mittelstandes ist eine schärfere Bekämpfung der Auswüchse des Hausierhandels notwendig. Sogar in Bayern klagt man über die Hausierer, die zu uns aus dem Osten einwandern, um wie viel mehr klagen unsere Ostprovinzen. Für die Zentrumsresolution, die ein Verbot der Abonnentenversicherung fordert, werden wir nicht stimmen. Sind dem Kaufmann Reklamemittel erlaubt, wie Rabatt, so können solche Mittel auch anderen nicht verwehrt werden. — Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.) empfiehlt die Zentrumsresolution, wonach den Inhabern von reinen Walzwerken, Eisen- und Stahlgießereien usw. bei der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse Einfuhrscheine zum zollfreien Bezuge des Einstandsmaterials für die Auslandsproduktion verliehen werden können. Dadurch sollen die mittleren und kleineren Betriebe gegen die Preistreibereien der Roheisenkartelle geschützt werden. Die jetzige Taktik des Stahlwerksverbandes läuft darauf hinaus, die kleineren reinen Betriebe zu vernichten. Dem muß entgegengetreten werden, schon im Interesse der Arbeiter, die man durch weitere Konzentration von der Scholle treiben will. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Auch wir wollen den kleineren und mittleren Werken helfen. Roheisen bedarf aber nicht der zollfreien Einfuhr. Der verflossene Roheisenverband wird wohl nicht mehr neu erstehen. Die Tätigkeit des Stahlwerksverbandes zugunsten des Auslandes wird allgemein verurteilt. Die Unterzeichner der betreffenden Resolution würden sich, so sollte man meinen, mit viel größerem Recht gegen die Machination des Kohlensyndikats wenden, das die Kohlen zu enorm billigen Preisen an das Ausland liefert. Würden an die reinen Walzwerke Einfuhrscheine auf Roheisen gewährt, so würden sich natürlich auch alle anderen Werke melden, aber dann würden 4 Millionen Tonnen Roheisen zollfrei eingehen. Es wäre das eine Totalaufhebung des Roheisenzolles, und für das Reich würde das eine Einbuße von 16 Millionen Mark betragen. Wir haben überdies schon Zollnachlässe auf Roheisen im Veredelungsverkehr, und diese Nachlässe betrugen im letzten Jahre 8- bis 900 000 Mark. Wir sind also gegen die Einfuhrschein-Resolution. Gothein übersieht, daß unsere Wirtschaftspolitik ja auch den Arbeitern in unserer Großindustrie zugute kommt. Unsere Zölle müßten noch viel höher sein (Lachen links), so z. B. die Zölle auf amerikanische Schuhwaren. Andere Länder erhöhen ihre Zölle, ohne dadurch unsere Meistbegünstigung einzubüßen, und wir müssen uns das gefallen lassen, ohne uns dagegen wehren zu können. Gothein verlangt auch ein Reichsberggesetz. Ich glaube nicht, daß unsere Einzelstaaten sich beim Bergbau ihr Hoheitsrecht nehmen lassen, aber Herr Gothein irrt auch, wenn er glaubt, bei einem Reichsberggesetz würden die Unfälle im Bergbau abnehmen. Wir haben bei uns die beste Bergaufsicht. (Lachen links.) Was wir brauchen, ist lediglich scharfe Disziplin im Bergbau. (Sehr richtig! Beifall rechts.) — Abg. Dr. Stresemann (natl.): Im Interesse unseres Großhandels freuen wir uns über die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in Brüssel. Es zeigt sich bei unserer Industrie für diese Ausstellung ein außerordentliches Interesse. Wünschenswert wäre die Veranstaltung einer Weltausstellung einmal in Berlin. Wir sollten nicht immer bloß als Gäste auf Ausstellungen im Auslande erscheinen. Mich dem Verlangen des Handelsvertragsvereins anschließend, möchte ich wünschen, daß der Handelsvertrag mit Portugal bald veröffentlicht werde, damit unser Handel dazu Stellung nehmen kann. Wünschenswert wäre ferner, daß